



Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 (Haushaltsgesetz 2012/2013 – HG 2012/2013 -)

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/445**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 6/732**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Einzelplan 05

Kapitel 0502 – Allgemeine Bewilligungen

TGr. 66 – Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus

Haushaltsplanentwurf 2012			Haushaltsplanentwurf 2013		
Ansatz 2012 (BE) in €	Ansatz 2012 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2013 (alt) in €	Ansatz 2013 (neu) in €	Veränderung in €
835.000	1.835.000	1.000.000	835.000	1.835.000	1.000.000

Aufteilung der Ansatzerhöhung:

633 66 - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Haushaltsplanentwurf 2012			Haushaltsplanentwurf 2013		
Ansatz 2012 (alt) in €	Ansatz 2012 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2013 (alt) in €	Ansatz 2013 (neu) in €	Veränderung in €
0	250.000	250.000	0	250.000	250.000

(Ausgegeben am 19.01.2012)

684 66 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Haushaltsplanentwurf 2012	Haushaltsplanentwurf 2013
Ansatz 2012 (BE) in €	Ansatz 2013 (BE) in €
834.000	834.000

685 66 - Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentlichen Einrichtungen

Haushaltsplanentwurf 2012			Haushaltsplanentwurf 2013		
Ansatz 2012 (alt) in €	Ansatz 2012 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2013 (alt) in €	Ansatz 2013 (neu) in €	Veränderung in €
0	250.000	250.000	0	250.000	250.000

686 66 (neu) - Zuschüsse für Projekte an freie Träger

Haushaltsplanentwurf 2012			Haushaltsplanentwurf 2013		
Ansatz 2012 (alt) in €	Ansatz 2012 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2013 (alt) in €	Ansatz 2013 (neu) in €	Veränderung in €
0	500.000	500.000	0	500.000	500.000

Die beantragten zusätzlichen Mittel in Höhe von jährlich 1 Million Euro sind für ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus - „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“ zu verwenden.

II. Einzelplan 13

Kapitel 1302 – Allgemeine Bewilligungen

a) Titel 461 01 – Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalkosten (ohne Versorgung)

Haushaltsplanentwurf 2012 Beschlussempfehlung	Haushaltsplanentwurf 2013 Beschlussempfehlung
Ansatz 2012 in €	Ansatz 2013 in €
90.696.700	140.524.700

Ein neuer Haushaltsvermerk wird eingefügt:

„*** In 2012 sollen 854 Neueinstellungen und in 2013 sollen 578 Neueinstellungen realisiert werden.“

b) Titel 911 01 – Zuführungen an die Steuerschwankungsreserve

Haushaltsplanentwurf 2012			Haushaltsplanentwurf 2013		
Ansatz 2012 (BE) in €	Ansatz 2012 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2013 (BE) in €	Ansatz 2013 (neu) in €	Veränderung in €
30.000.000	29.000.000	- 1.000.000	75.000.000	59.000.000	-16.000.000

III. Einzelplan 13

Kapitel 1320 – Vermögensverwaltung

Titel 133 04 – Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstige Einnahmen

Ansatz 2012 (alt) in €	Ansatz 2012 (neu) in €	Veränderung in €	Ansatz 2013 (alt) in €	Ansatz 2013 (neu) in €	Veränderung in €
0	0	0	15.000.000	0	-15.000.000

Begründung

Zu I.

Rechtsextremismus ist eine zunehmende Bedrohung für die verfassungsrechtliche Grundordnung sowie das demokratische Gemeinwesen der Bundesrepublik. Auch Sachsen-Anhalt leidet unter einer besonderen Konjunktur des Rechtsextremismus. Gefahren für Menschenwürde und Menschenrechte gehen heute insbesondere von rechtsextremen Kräften im Lande aus. Eine zunehmende Zahl von Straf- und Gewalttaten, Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien, der Erfolg einer rechtsgerichteten Jugendkultur sowie die schleichende Toleranz und zunehmende Akzeptanz rechtsextremen Gedankenguts einschließlich undemokratischer und intoleranter Einstellungsmuster in weiten Teilen der Bevölkerung machen deutlich, dass Gesellschaft und Politik vor einer ernsthaften und ernstzunehmenden Herausforderung stehen.

Ein verstärktes und konsequentes, aber vor allem konzeptionelles staatliches Handeln gegen Rechtsextremismus ist ebenso gefordert, wie Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement eines jeden Einzelnen.

Es geht letztendlich um eine dauerhafte, verlässliche und kontinuierliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus aller demokratischen Kräfte über eine gesamte Wahlperiode hinweg auf der Grundlage eines auf längere Zeit angelegten Landesprogramms gegen Rechtsextremismus „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“ zur Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung strukturbildenden bürgerschaftlichen Engagements mit der Fixierung von Querschnittsaufgaben für alle Politikbereiche.

Für die Realisierung und Umsetzung der Maßnahmen eines solchen Landesprogramms gegen Rechtsextremismus ist eine ausreichende finanzielle Untersetzung notwendig, die hiermit beantragt wird.

Zu II. a)

Durch die geforderten Mehreinstellungen gegenüber den geplanten Neueinstellungen der Landesregierung soll gewährleistet werden, dass durch den zukünftigen Personalbestand das jetzige Niveau der Aufgabenerfüllung erhalten bleibt und durch junge gutausgebildete Fachkräfte insbesondere aus Sachsen-Anhalt eine Harmonisierung der Altersstruktur im Landesdienst forciert wird.

Zu II. b)

Die Absenkungen der Ansätze in 2012 und 2013 dienen der Refinanzierung der Ansatzserhöhungen in 2012 und 2013 unter I. und der Kompensation der Einnahmerezuzierung in 2013 unter III.

Zu III.

Aufgrund der wirtschaftlichen Lage des Landesweingutes – es schreibt schwarze Zahlen – gibt es keine Veranlassung diese Einrichtung zu veräußern.

Das Landgestüt Prussendorf erfüllt nach wie vor hoheitliche Aufgaben, wie das Vorhalten von Vatertieren und die Organisation der Leistungsprüfung und nimmt eine herausragende Verantwortung bei der Aus- und Weiterbildung wahr.

Die Veräußerung beider Einrichtungen ist unvereinbar mit einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik des Landes.

Außerdem widerspricht eine Veräußerung bzw. Privatisierung der noch immer gültigen Beschlusslage des Landtags, mit der sich die Abgeordneten klar dazu bekannt haben, beide Einrichtungen im Landeseigentum zu belassen und entsprechend zu betreiben.

Unter diesen Bedingungen sind sie hervorragend geeignet als Botschafter des Landes Sachsen-Anhalt zu fungieren.

Vor diesem Hintergrund ist auf ihre Veräußerung zu verzichten, und es sind die im Haushaltsentwurf bereits eingestellten Einnahmen in Höhe von 15 Mio. Euro zu streichen.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender